

# Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

## Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.  
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II  
Fernsprecher: 37 Lannowitz 2120

Anzeigen die dreifach, Petitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vor-  
herg. Gebühreneinsendung auf Postfach Alfred Nibel 11502, Post-  
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitag

### Verfassung oder maskierte Diktatur?

Der durch die Januarwahlen des Jahres 1919 be-  
rufenen Deutschen Nationalversammlung fiel die  
schwere Aufgabe zu, ein neues staatliches Grundrecht  
zu schaffen, in dem die politische Freiheit des deut-  
schen Volkes verankert sein sollte. Mit 262 gegen  
75 Stimmen wurde die neue Reichsverfassung am  
31. Juli 1919 angenommen und am 11. August in  
Kraft gesetzt.

In der Weimarer Verfassung war vieles von dem  
erwartet, was die Arbeiterklasse seit Jahrzehnten  
erstrebt hatte. Artikel 1 lautet:

**„Das Deutsche Reich ist eine Republik.  
Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“**

Noch haben große Teile der Arbeiterschaft die  
Größe dieses Gedankens nicht begriffen und sehen  
nicht und gleichgültig zu, wie die Reaktion am Werk  
ist, um den Einfluß des werktätigen Volkes auf allen  
Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Kampfes  
auszuschalten. Da ist es doppelt zu begrüßen, daß  
der Internationale Gewerkschaftskongress in Stock-  
holm auch zu der Frage der Demokratie Stellung  
genommen hat.

In seinem Referat über: „Die Länder ohne  
Demokratie“ konnte Genosse George Hids,  
London, an einer Fülle von Beispielen darlegen,  
daß Faschismus und Diktatur nicht auf geordnete  
Zustände, sondern auf Gewalt, Terror und Ent-  
würdigung des Menschen hinauslaufen. Aus diesem  
Grunde lehnte der Kongress jede Form der Diktatur  
ab und stellte fest, daß der IGB und alle ihm ange-  
schlossenen Gewerkschaften in der Fortsetzung des  
Kampfes für die Demokratie all ihre Kraft und ihren  
ganzen Einfluß aufbieten müssen. Gefordert wurde:

1. Energisch den Widerstand der Arbeiter jener  
Länder zu unterstützen, in denen die Gefahr der  
Reaktion in der Form des Faschismus oder unter  
anderer Maste besonders akut ist.
2. Den Opfern der Reaktion und Diktatur materiell  
und moralisch beizustehen. Ein Beispiel solcher  
Unterstützungsmöglichkeiten ist der Waiteotti-Fonds.
3. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit ihren Bei-  
stand zu leisten bei der Wiedererrichtung freier ge-  
werkschaftlicher Organisationen und der Wiederer-  
neuerung demokratischer Rechte in den von der Dik-  
tatur beherrschten Ländern.
4. Den engsten Kontakt mit den freien Gewerks-  
chaften und den führenden Gewerkschaftlern in den  
von der Tyrannei und Unterdrückung ausgelieferten  
Ländern zu unterhalten.
5. Eine kräftige Propaganda für die Demokratie  
zu führen, besonders unter jenen Gruppen der Be-  
völkerung der in Frage kommenden Länder, die die  
Herrschaft der Diktatur blind unterstützen.
6. Sich für das volle Wohlrecht der Flüchtlinge  
einzusetzen, die infolge ihres Kampfes für die Demo-  
kratie aus Ländern der Diktatur flüchten mußten.  
Wisse, wie sie der Völkerbund ausstellt, sollen ihnen  
gesichert werden.
7. Im Kampfe für die Demokratie die engste Zu-  
sammenarbeit auf nationalem und internationalem  
Boden mit den sozialistischen Arbeiterparteien her-  
beizuführen und aufrechtzuerhalten.

Die diesjährige Verfassungsfeier fällt mitten hin-  
ein in den Wahlkampf zur Erneuerung des von der  
Regierung Brüning-Stegerwald aufgelösten Reichs-  
tags. Auf der ganzen Linie sind Kräfte am Werk,  
um die Grundpfeiler der Weimarer Verfassung ab-  
zutragen. Die Gruppe „Hugenberg“, die Reste  
der ehemaligen Deutschnationalen Volkspartei, tritt

in den Wahlkampf mit der Parole: „Für den  
Monarchismus, getreu der Fahne  
[Schwarzweißrot]!“ Die Faschisten um Hitler  
und Frick fühlen sich als die neuen Herren. Sie ver-  
langen jetzt bereits in der neuen Reichsregierung  
das Reichswehr- und Reichsinnenministerium, weil  
sie glauben, mit Hilfe von Heer und Polizei ihre  
faschistischen Pläne schneller durchführen zu können.  
Die Regierung selbst geht dazu über, die geplanten  
Verslechterungen der Arbeitslosen- und Kranken-  
versicherung, an der sie infolge der Reichstagsauf-  
lösung gehindert wurde, mit Hilfe des Artikels 48  
der Reichsverfassung durchzuführen. Zweck dieses  
Vorgehens ist, den Reichstag, das vom Volk gewählte  
Parlament, auszuschalten und vor fertige Tatsachen  
zu stellen.

#### Die von der Reichsregierung erlassene Notverordnung

enthält nicht nur die ursprüngliche Deckungsvorlage  
und den Reichetat für 1930, sondern auch den Ab-  
bau der Arbeitslosenversicherung, der Krankenver-  
sicherung und Verschlechterungen der Reichsvorvor-  
sorge für die Kriegeschädigten.

#### Reichshilfe.

Zur Deckung der Festbeträge des Reichshaushalts  
sollen die Beamten und Angestellten der öffentlichen  
Hand mit 2½ Proz. ihrer Gehaltsbezüge herange-  
zogen werden. Personen, deren Dienstbezüge nach  
Abhebung von 20 Mt. für jedes Kind 200 Mt. nicht  
übersteigen, sollen von dieser Steuer befreit sein.

#### Einmaliger Zuschlag zur Einkommensteuer.

Die mit einem Einkommen von mehr als 8000 Mt.  
veranlagten Personen werden einem Zuschlag von  
5 Proz. zu der im Jahre 1929 gezahlten Einkommen-  
steuer unterworfen.

#### Bedingenssteuer.

Zur Einkommensteuer der Bedingten soll ein Zu-  
schlag erhoben werden. Dieser Zuschlag soll einer-  
seits in der Wiederheringrechnung der durch die Ge-  
setze von 1927 und 1928 eingeführten Abschläge von  
25 Proz., ferner in einem Zuschlag von 10 Proz. zur  
Steuer bei den Pflichtigen, bei denen sich nicht der  
prozentuale, sondern der feste Abschlag ergibt, be-  
stehen.

#### Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden  
für die Zeit vom 1. August 1930 auf 4½ Proz. des  
Arbeitsentgelts erhöht.

#### Geplante Verschlechterungen.

Die Arbeitslosenunterstützung soll abgebaut wer-  
den, um für den Rest des Haushaltsjahres 1930 etwa  
100 Millionen Mark zu ersparen. Die normale  
Dauer der Sperrstrafen wird von der Notverordnung  
fünftägig auf sechs Wochen festgelegt. Die Wartezeit  
wird verschleiert, indem man dem Arbeitslosen erst  
14 Tage nach dem Verlust seines Einkommens die  
Unterstützung gewährt. Arbeitslose bis zu drei zu-  
schußberechtigten Angehörigen sollen sieben Tage  
und solche mit vier und mehr Angehörigen drei Tage  
Wartezeit durchmachen.

Besonders schändlich und grausam sind die Bestim-  
mungen der Notverordnung zur Verschlechterung  
der Krankenfürsorge. Der Erkrankte muß für jeden

Krankenschein 50 Pf. zahlen und weitere 50 Pf.,  
wenn er das vom Arzt erhaltene Rezept in der  
Apothek vorlegt. Verordnet der Arzt dem Kranken  
eine Salbe für 60 Pf., so zahlt der Kranke, der viel-  
leicht viele Jahre seine Beiträge in die Kasse gesteuert  
hat, fünf Schafel und die Krankenkasse ein Schafel  
der Medizin, ganz abgesehen von den vielen neuen  
Scherereien und Verwaltungskosten, die infolge  
dieser Neueinführung entstehen werden. Das Recht  
der Krankenkassen, Grundstücke und Immobilien zu  
erwerben, soll stark eingeschränkt werden.

Die Gemeinden sollen mit sofortiger Wirkung das  
Recht erhalten, eine

#### Kopffsteuer und Gemeindebeitrsteuer

zu erheben, die den Gemeinden zur Auswahl über-  
lassen bleibt. Gemeinden, deren Etat durch die  
Fürsorge der Wohlfahrtsverbände außerordent-  
lich belastet sind, dürfen daneben auch von den übri-  
gen Beiträgen eine Gemeindebeitrsteuer erheben.  
Wenn aber die Realsteuererläge bei den einzelnen Ge-  
meinden eine bestimmte Höhe überschreiten, so sind  
die Gemeinden zur Erhebung der Kopffsteuer und  
der Gemeindebeitrsteuer verpflichtet. An Kopffsteuer soll  
jeder Staatsbürger 3 Mt. zahlen. Sechs Mark sind  
zu zahlen, beim Vorkommen eines lohnsteuerpflichti-  
gen Einkommens bis hinauf zu einem Einkommen  
von 8000 Mt. pro Jahr. Verdienste von 8000 Mt.  
bis 25 000 Mt. sollen 12 Mt. und Einkommen bis  
zu 100 000 Mt. gar nur noch 50 Mt. Kopffsteuer  
bezahlen.

Uebersteigen die Realsteuererläge bei den einzelnen  
Gemeinden eine bestimmte Höhe, so haben die be-  
treffenden Gemeinden zu den beiden genannten  
Steuerarten noch Zuschläge zu erheben.

Wir lehnen aus diesem Vorgehen der Reichsregie-  
rung, daß wir, um mit der Stockholmer Resolution  
zu reden, nicht sehr weit zu gehen haben, um ein  
Land zu finden, in dem „die Gefahr der Re-  
aktion — besonders aktuell“ ist. Die deutsche  
Regierung scheint entschlossen den Weg der Ver-  
fassungsverletzung bis zum Ende zu gehen, um ihren  
volksfeindlichen Maßnahmen Geltung zu verschaffen.

Die deutschen Arbeiter müssen erkennen, daß es  
bei diesem Wahlkampf um die Existenz der demo-  
kratischen Deutschen Republik und um ihren sozialen  
Inhalt geht. Die Lage ist bitter ernst und das deut-  
sche Volk soll am 14. September sein Urteil über die  
zurzeit herrschende reaktionäre Reichsregierung ab-  
geben. Siegt die Reaktion, so wird man alle Lasten  
den arbeitenden Klassen aufbürden und die Besitzen-  
den weiter schonen.

Der Internationale Gewerkschaftskongress als Ver-  
treter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter-  
schaft der ganzen Welt hat beschlossen, den Kampf  
für die Demokratie mit den sozialistischen Arbeiter-  
parteien herbeizuführen und aufrechtzuerhalten.  
Deswegen kann der deutsche Arbeiter am 14. Sep-  
tember gar nicht anders handeln, als der Sozial-  
demokratie seine Stimme zu geben. Und jeder Ar-  
beiter wird seine Mitarbeiter, seine Frau und wahl-  
berechtigten Familienangehörigen aufklären, daß  
keine Stimme des arbeitenden Volkes der Sozial-  
demokratie verloren gehen darf.

**Die beste Verfassungsfeier für jeden  
freien Gewerkschafter ist, wenn er seine  
ganze Kraft einsetzt für die Erhaltung  
der Republik und Demokratie gegen  
die Diktatur in jeder Gestalt.**

Methodik der Menschenbehandlung.

Unter dieser Überschrift erschien in Nr. 29 unserer Zeitung ein Artikel, der die von Prof. Dr. W. Moede gegen mißliebige Arbeitnehmer veröffentlichten Maßnahmen darlegt. Zum Schluß heißt es dort: Diese Maßnahme können noch beliebig vermehrt werden. Da die Maßnahme werden schon vielfach vermehrt, wie überhaupt diese Methode schon seit einigen Jahren recht fühlbar in Anwendung gebracht wird. Dort, wo uns durch Rationalisierung Band- und Fließarbeit beschieden wurden, tritt dieses „Verfahren zur Erreichung eines bestimmten Zwecks“ besonders stark zutage. Die Einreihung des einzelnen in diese Arbeitsweise erfordert eine ununterbrochene Aufmerksamkeit. Verhinderungsfälle, wie Ferien und Krankheit eines Gliedes dieser Kette, bedingen Gefahr. An Stelle der abmehrenden Arbeitskraft muß eine andere eingeschaltet werden. Handelt es sich hierbei um einen Arbeiter, der sich durch irgendwelche Umstände die Mißgunst seiner Vorgesetzten zugezogen hat, so wird ihm bei seiner Rückkehr erkränkt: Ihr Klag ist besetzt. Da kein Abteilungsleiter wagen wird, einen Mann über die durch Produktionsprogramm bedingte Zahl hinaus zu beschäftigen, muß Abschied erfolgen. Man weiß dem Betroffenen in irgendeiner Abteilung eine schwere oder schmutzige Arbeit zu, die in den meisten Fällen mit Lohnstrafe verknüpft ist. Versprochen wird wohl, die Sache ist nur vorübergehend, und seine Ausbesserung erfolgt so bald wie möglich. Damit hat es aber Weile. Körperlich und seelisch den Anforderungen des neuen Arbeitsplatzes nicht gewachsen, wird der Arbeiter verärgert und in Verfolg auch dort zu seiner Mißliebigkeit führen. Bei der ersten sich bietenden Gelegenheit wird erneuter Abschied erfolgen. Viele der Betroffenen werden diesem dauernden Druck nicht standhalten und das Arbeitsverhältnis auf irgendeine Weise zur Lösung zu bringen versuchen. Der Zweck ist erreicht.

Ein weiteres Mittel, mit dem man versucht, Arbeiter gefügig zu machen, ist die Kündigung. Bei eintretenden Entlassungen legt man Arbeiter mit auf die Liste, wobei man von vornherein mit der Zurücknahme der Kündigung rechnet. Den Betroffenen soll dadurch klargemacht werden, daß der Grad ihrer Beileibtheit auf den Nullpunkt gesunken und Besserung ermartet wird.

Die Einrichtung von Arbeiterbörsen innerhalb der Betriebe ist gleichfalls eines der „Mittel zur Erreichung eines bestimmten Zwecks“. Ein Aufnahmestadium, wohin alle in den einzelnen Abteilungen durch irgendwelche Umstände überzähligen Arbeiter, die nicht sofort zur Entlassung kommen sollen, verwiesen werden. Abteilungen, die durch eintretende Krankheitsfälle oder Produktionssteigerung Bedarf an Arbeitskräften haben, wenden sich dorthin, um geeignete Leute zu erhalten. Der Angehörige wird in den meisten Fällen nur so lange beschäftigt, bis die Rückkehr der der Abteilung zuständigen Leute erfolgt, um dann auf neue zur Börse zu mandern. Entspricht die Nach-

frage nicht dem Angebot, so ist die Kündigung der Abschluß; der Zweck ist erreicht. Man begibt die dort im Nichtstun verbrachten Stunden unter der Gemüthlichkeit, der Fall ist bald erledigt.

Bei den heutigen hohen Anforderungen an die Arbeitskraft werden von diesen Maßnahmen nicht nur mißliebige Arbeiter betroffen, sondern in überwiegend Maße minder leistungsfähige Kräfte. Jeder Abteilungsleiter wird verurtheilt, Leute, die nicht „mitkommen“, los zu werden. Ein besonders schweres Problem für unsere älteren Kollegen eröffnet sich hier.

Lohnabbau oder Kartellbelämpfung?

Ist die gegenwärtige Krise durch die Lohnhöhe verursacht? Könnte sie durch Lohnabbau beseitigt werden? Beide Fragen werden von Adolf Löwe, Professor an der Universität Kiel, in einer Arbeit, die unter dem Titel „Lohnabbau als Mittel der

Die Arbeiterklasse wäre das Opfer einer verhängnisvollen Illusion und einer Art krankhafter Besessenheit, wenn sie das, was nur die Ursache der Verzweiflung sein kann, als eine Methode der Revolution auffassen wollte. Außer den konjunkturellen Anlässen, für die man heimeckel Voraussicht und Regel haben kann und die manchmal in der Geschichte das äußerste Hilfsmittel in der höchsten Noth sind, gibt es heute für den Sozialismus nur eine unfehlbare Methode: die Majorität auf geistlichem Wege zu erobern.

Sean Daurao (aus „Theorie und Praxis“).

Krisenbelämpfung? im Juliheft der „Neuen Blätter für den Sozialismus“ veröffentlicht wurde, aufs energigste verneint. Die gegenwärtige Krise ist keine Lohn-, sondern eine Rationalisierungs- und Monopolkrise. Auf Grund einer umfassenden Rationalisierung, verbesserter Produktionsmethoden ist der Produktionsertrag gestiegen. Das Wohneinkommen liegt aber unter keinen Umständen mehr als der Produktionsumfang, wovon auch die kürzlich erfolgte Schätzung des Volkseinkommens durch das Konjunkturforschungsinstitut zeugt. Eine Uebersteigerung des Lohnniveaus ist ebensowenig vorhanden wie die so oft behauptete „Strukturkrise“ der deutschen Wirtschaft. Die Profite der Unternehmer sind nicht gesunken, was sich schon darin zeigt, daß in dem ausgeprochenen Hochkonjunkturjahr 1927 die Profitquote nicht etwa höher war als in den anderen Jahren. Professor Löwe schildert im einzelnen, wie es zur gegenwärtigen Krise kam, wie die Arbeitslosigkeit durch wachsende Freisetzung von Arbeitern infolge der Rationalisierung, durch Verschlechterung der Weltmarktlage, durch Hindernisse der Kapital-

einfuhr und finanzpolitische Erschütterungen anstieg, wie die 1928 schon vorhandenen Absatzschwierigkeiten der Konsumgüterindustrien seit Herbst des Vorjahres auf die Produktionsmittelindustrien übergriffen. Der Reallohn konnte nicht steigen infolge des herrschenden Kartellsystems und der Preisbildung im Einzelhandel, die auch ohne organisatorische Festlegung kaum weniger krisenresistiv wirkt als die industriellen Kartelle. Nicht nur haben Kartelle die Steigerung des Reallohnes verhindert, sie untergraben die Konkurrenzfähigkeit der verarbeitenden Industrie, die infolge der Überbelastung mit überreuten Rohstoffen den steigenden Lohnforderungen immer weniger gewachsen ist. Ueberzeugend weist Professor Löwe darauf hin, daß die Nominallohnsteigerungen der letzten Jahre nicht nur im Einklang mit der Ausweitung des Produktionsumfangs blieben, sondern vielmehr geradezu die Bedingung dafür waren, daß trotz der starken Preispolitik der Monopole die Beständigkeit der Wirtschaft jahrelang aufrechterhalten werden konnte. Wie Professor Löwe schreibt, wäre ohne diese mit politischen Mitteln durchgeführte Anpassung der Wäskentkraft an den Produktionsumfang die Konjunktur wahrscheinlich schon 1927 zusammengebrochen. Soweit sie die Monopolrenten wenigstens zum Teil in produktive Nachfrage verwandelten und damit Fehlinvestition und Ueberakkumulation eindämmten, haben diese Lohnsteigerungen nicht nur eine sozialpolitische, sondern eine produktionspolitische Mission erfüllt. Eine allgemeine Lohnsenkung — so führt Löwe aus — würde die Marktlage der Konsumgüterindustrie nicht mehr verschlechtern, als sie ihre Selbstkosten entlasten könnte. Sie würde gleichzeitig den Monopoldividenden statt der längst fälligen Bereinigung neue Gewinnmöglichkeiten bieten und damit Kapital und Arbeit in verstärkter Maße falschen Anlagen zuführen. Der einzige erfolgreiche Weg zu einer schnellen Ueberwindung der gegenwärtigen Depression ist der Abbau der Monopolpreise, vor allem durch eine Wendung in der Zollpolitik, die die deutschen Monopolindustrien der frischen Welt internationaler Konkurrenz aussetzt. Der Abbau der Monopolpreise, der die Kosten der verarbeitenden Industrie zu senken vermag, könnte die Monopolrenten in Konsumtentauskraft überführen, den Absatz der verarbeitenden Industrie steigern und auf eine rationelle Anlage des zu erwartenden neuen Zustroms an Auslandskapital, dessen erst langsam wieder einsehender Zutrieb die nötige Entlastung bringen wird, hinwirken.

Die Folgen der Lohnsenkung in den rationalisierten Betrieben.

In einer aufschlußreichen Arbeit im Juliheft der „Neuen Blätter für den Sozialismus“ macht Prof. Adolf Löwe treffende Bemerkungen über die Nachteile der allgemeinen Lohnsenkung für Betriebe, die die Rationalisierung bereits durchgeführt haben. De-

Der Sprachschatz des arbeitenden Volkes.

„Wenn ich auf der ganzen Welt der einzige bin, der spricht, dann gibt es nicht nur keine Sprache, sondern nicht einmal ein Sprechen.“ So schreibt der Sprachwissenschaftler Prof. Karl Völkler in seinem Werk „Geist und Kultur in der Sprache“. Die Sprache legt eine Gemeinschaft voraus. Sie ist aus der Gemeinschaft, durch das Zusammenleben in einer Gemeinschaft, entstanden, und je größer und komplizierter die Gemeinschaft wurde, um so größer wurde auch der Sprachschatz des Stammes, des Volkes.

Vor Jahrtausenden hatte der Mensch einen bedeutend geringeren Wortschatz als der Mensch unserer Tage, sowie auch der geistige Schöpfermensch einst einen viel geringeren Wortschatz hatte als etwa der Romanischristlicher unserer Zeit.

Die Aias und die Odyssee, diese beiden großen Dichtungen des alten Homer, enthalten zusammen rund 8000 verschiedene Wörter, und im Alten Testament hat man 5642 gezählt. Demgegenüber steht Shakespears mit rund 20000 verschiedenen Wörtern, weil er in der Zeit der Buchdruckerkunst und der erwachenden Wissenschaft lebte und auf verschiedenen Wissensgebieten außerordentlich beschlagen war.

Man sollte einmal den Wortschatz eines arbeitenden Menschen, der bewußt in der Arbeiterbewegung steht und am modernen Bildungswesen des Volkes teilnimmt, vergleichen mit dem Wortschatz eines Arbeitsmenschen von einst, und man würde über den Unterschied noch mehr staunen.

So, man braucht gar nicht einmal soweit in der Geschichte zurückzugehen. Es genügt, wenn man die Sprachkultur eines Arbeitsmenschen der Jahre 1850 bis 1860 mit der Sprachkultur eines Arbeitsmenschen von 1920 bis 1933 vergleicht, um zu dem Ergebnis eines ungeheuren kulturellen Aufstiegs zu gelangen.

Einer der bedeutendsten Sprachwissenschaftler, Prof. Müller-Ostrod, gibt in seinen „Vorlesungen über die Wissenschaft der Sprache“ den Wortschatz eines englischen Arbeiters um das Jahr 1860 mit 300 Wörtern an. Diese Angabe wurde von der Wissenschaft übernommen, und es gilt als feststehend, daß der Sprachschatz eines einfachen Menschen um das Jahr 1860 so unbedeutend war.

Welch ein Unterschied aber zwischen dieser Armut an Sprachgut vor 70 Jahren und diesem Reichtum der Sprache des arbeitenden Volkes jetzt! Wer kann heute noch mit 300 Wörtern fertig werden? Selbst der einfache Mensch des Volkes hat heute im Zusammenleben einen größeren Wortschatz nötig, und besonders der bewußt in der gewerkschaftlichen Bewegung stehende Mensch, der als solcher auch am Bildungswesen seiner Zeit teilnimmt, unterscheidet sich in ganz auffallender Weise von jenen einfachen Menschen um 1860.

Diese 70 Jahre haben einen ungeheuren Bildungsaufstieg im Volke gebracht. Es waren die Jahrzehnte der modernen Arbeiterbewegung. Die Jahrzehnte, in denen die schaffenden Menschen zur Erkenntnis ihres Wesens und zum Bewußtsein ihres Rechtes erwachten. Es waren die Jahrzehnte des organisatorischen Zusammenschlusses, in dem die Sprache beim Werben, in den Versammlungen, auf den Tagungen wie in der Presse der Organistilleren eine ungeheure Rolle zu spielen begann. Ja, durch ihr Blatt lernten viele überhaupt erst lesen. Lesen können praktisch zu nutzen. Lernen sie ihren Blick zu weiten und zugleich damit neues Sprachgut zu erwerben, ohne das diese weiter als bisher gestreckte Welt so nicht zu begreifen und zu erfassen war.

So wie die Bewegung selber in die Breite und in die Tiefe wuchs, wie sie immer neue Aufgaben erkannte und immer mehr von der Bewegung für die Räte nur des Tages zur Kulturbewegung wurde mit großem Ziel, so wuchsen mit der Bewe-

gung auch die Menschen, die Glieder dieser Bewegung an Weisheit und Kulturgefühl. Vom ersten Ahnen eines sozialen Rechtes wuchsen schaffende Menschen zu der Erkenntnis, Träger einer Weltanschauung zu sein.

Ist es da anders möglich, als daß durch solche Kulturbewegung auch das Sprachgut wuchs? Daß die Sprache von der Verständigung für die einfachen Bedürfnisse eines primitiven Zusammenlebens zum Kulturgut wurde, das den schaffenden Menschen in allen Gebieten des geistigen Lebens wurzeln läßt?

So betrachtet, steht die gewerkschaftliche Bewegung in ihrer ungeheuren Kulturbedeutung da. Sie war es, die den Blick mit dem sozialen Rechte zugleich zum Rechte an geistigem Gut leitete. Die das volle Persönlichkeitsrecht des einzelnen wachte und das Recht des schaffenden Menschen zum Rechte auf Welt geweiht hat.

Die Bildungsbewegung, wie die Gewerkschaften sie durch Ausbau der Presse und Ausbau der Arbeit in Vorträgen und Kursen leisteten, ist darum ein wesentliches Stück des gewerkschaftlichen Gedankens. Der Mensch soll das Leben von stolzer Wertschauen und durch umfassende Erkenntnis reifen zum Kampferstum, das aus allem des Lebens die Kraft seines Rechtes saugt.

Der Sprachschatz des modernen schaffenden Menschen wird darum, was nie in der Geschichte war, in einen ganz bestimmten kulturellen Erziehungsdienst gestellt. Die Wörter sind nichts ohne die Persönlichkeit, die die Wörter beherrscht. Das Wissen ist nichts, wenn es nicht ungeformt wird zu innerlichen Energien.

Du sollst kämpfen und deine Kampfaufgabe in der ganzen kulturellen Größe ihres Ziels erleben! Du in der Solidarität und Kampfkraft, da in der Opferfreude und im hohen Willen eines großen Jüngers läutert die Sprache der Jahrtausende hinauf zu neuen Höhen der Menschheit. Dr. G. H.

Näher ein Betrieb seine Kapitalsausstattung verbessert und je mehr zu diesem Zweck sich verschuldet hat, um so mehr muß ihm daran liegen, daß ihn nicht durch eine Senkung der Löhne seine rüchständigen Konkurrenten, bei welchen der Lohnanteil höher ist, im Wettbewerb plöglig überflügeln. Die allgemeine Lohnsenkung kommt keineswegs allen Unternehmern in gleicher Weise zugute, sondern begünstigt den Rückständigen zu Lasten des Fortschrittlichen und hebt zu allen sonstigen Krisenverlusten hinzu auch noch die Rentabilität der Kapitalanlagen in den letzten Jahren wieder auf. Daß sich angesichts dieses Umstandes unter dem Schlagruf des Lohnabbaus eine einheitliche Front der Unternehmer bilden konnte, läßt sich — schreibt Prof. Löwe — nur durch die sozial- und machtpolitischen Interessen erklären, die sich außerhalb aller wirtschaftlichen Erwägungen an das Lohnproblem knüpfen.

**Die Ortsausschüsse des ADGB. 1929.**

Festgestellt wurden 1280 Ortsausschüsse gegen 1260 im Vorjahr. An der Jahresstatistik beteiligten sich 1190 Ortsausschüsse mit insgesamt 12 607 angeschlossenen Verwaltungsstellen der Gewerkschaften. Von den Ortsausschüssen hatten 662 bis 1000 Mitglieder, 392 von 1001 bis 5000 Mitglieder, 118 von 5001 bis 25 000 Mitglieder und 27 über 25 000 Mitglieder. Ueber 100 000 Mitglieder hatten 1929 die Ortsausschüsse Berlin (393 564), Hamburg (213 385), Dresden (160 240) und Leipzig (118 756).

Die Aufgaben der Ortsausschüsse sind durch die Bundesbeschlüsse geregelt. Es liegt ihnen die örtliche Vertretung der gemeinsamen Interessen der Mitglieder des ADGB, ob. Als die wertvollsten Einrichtungen der Ortsausschüsse für die Mitglieder sind die Rechtsberatungsstellen zu betrachten. Sie gliedern sich in Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen. Die ersteren werden verwaltet von rechtskundigen Angestellten. Es bestanden 1929 in 123 Orten Arbeitersekretariate. Der Wirkungskreis dieser Stellen geht jedoch weit über die Zahl der Ortsausschüsse hinaus. Ueber ihre Tätigkeit berichteten 121 Sekretariate. Diese wurden im Berichtsjahr von insgesamt 544 793 Personen in Anspruch genommen. Die Zahl der erteilten Auskünfte betrug 544 581 und die der Schriftsätze in Rechtsfachen 195 742. Außerdem wurden in 29 378 Fällen Vertretungen vor Behörden, Gerichten usw. ausgeübt.

Im Gesamtbereich der Ortsausschüsse waren 700 Angestellte, darunter 124 Hilfskräfte beschäftigt. Von den Angestellten waren 219 in den Arbeitersekretariaten tätig. Nebeneinlich verwalte Rechtsauskunftsstellen wurden in 349 Orten unterhalten. Sehr häufig übernahm viele Tätigkeit der Angestellte einer Gewerkschaft, die am Ort über ein eigenes Büro verfügt.

Eine der vornehmsten Aufgaben der Ortsausschüsse ist die Pflege der Bildungsbestrebungen. Sie hat immer mehr an Bedeutung gewonnen und wird noch weiter in zunehmendem Maße die Aufmerksamkeit der Ortsausschüsse beanspruchen. Als Einrichtungen für die Erfüllung dieser Aufgabe bestanden in 439 Orten besondere Bildungsausschüsse und in 705 Orten wurden gemeinsame Bibliotheken zur Benutzung für die Gewerkschaftsmitglieder unterhalten. Zu den allgemeinen Bildungsbestrebungen kann auch die Jugendbildung gerechnet werden. Jugendpartei bestanden an 346 Orten. Von 953 Ortsausschüssen wurden zusammen 5945 Veranstaltungen abgehalten, die sich mit Wirtschafts-, Sozial- und Gewerkschaftsfragen befaßten. In 744 Orten fanden zusammen 2600 allgemeine Versammlungen mit Bildungscharakter — einschließlich Wahlberichterstattungen statt. Unterrichtsstunden wurden in 556 Orten veranstaltet und zwar 308 Kurse für Betriebsräte, 332 für Gewerkschaftsfunktionäre (häufig auch mit Einbeziehung der Betriebsräte) und 239 Kurse, die allen Mitgliedern zugänglich waren.

Zu sehr interessanten Ergebnissen führten die Feststellungen über den Bücherbestand der gemeinsamen Bibliotheken und ihre Benutzung durch Leser. Hierüber machte 763 Ortsausschüsse mit zusammen 2 785 551 Mitgliedern Angaben. Die Bibliotheken in diesen Orten umfassen insgesamt 688 381 Bücher; sie wurden von 178 584 Lesern benutzt und die Zahl der Ausleihungen betrug 1 188 878.

Die Ortsausschüsse unterhalten 150 Gewerkschaftshäuser. Davon befanden sich 134 in Eigenbesitz der Gewerkschaften und in 16 Fällen dienten Räumlichkeiten den gewerkschaftlichen Zwecken. Zur Bewirtung der Gewerkschaftshäuser sind in der Regel besondere Gesellschaften gebildet. Von den gesamten Gewerkschaftshäusern waren 41 mit einer Herberge und 30 mit einem Hotel verbunden. 104 hatten Büros, Restaurant und Versammlungsräume zusammen; 30 haben nur Restaurant und Versammlungsräume und die übrigen weisen nur Einzelseinrichtungen auf.

Die Beiträge zu den Ortsausschüssen haben sich nach oben bewegt. Es wurden erhoben von 536 Ortsausschüssen bis zu 60 Pf. pro Mitglied und

Jahr. In 452 Fällen mußte von 61 bis 120 Pf. und in 163 Fällen über 120 Pf. gezahlt werden.

Die Höhe der Beiträge wird oft bedingt durch die Unterhaltung der Arbeitersekretariate und die Anmietung von Bauaufsichtern.

Die Gesamteinnahmen der Ortsausschüsse betragen 4 439 169 Mt., davon 3 518 399 Mt. an Beiträgen. Am Durchschnitt entfiel ein Beitrag 83 Pf. pro Mitglied und Jahr. Die Gesamtausgaben betragen 3 997 044 Mt., als Kassenbestand verblieben 1 799 681 Mt. Von den Ausgaben entfielen 230 959 Markt auf Agitation, 162 995 Mt. auf Herbergen als Zuschuß oder zum Baufonds. Die Sekretariate und Rechtsauskunftsstellen erforderten 1 246 783 Mt. und für Bildungszwecke wurden 694 523 Mt. ausgegeben.

Der Bericht über die Tätigkeit der Ortsausschüsse legt Zeugnis ab vom Umfang der Bildungs- und Organisationsarbeit in den einzelnen Bezirken. Er gibt uns darüber hinaus auch für das laufende Jahr die Gewißheit, daß es weiter vorwärts gehen wird.

**Die Lederproduktion im Jahre 1929.**

Ueber Lederzeugung und Lederverbrauch in Deutschland berichtet eine in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichte Untersuchung über die Lederindustrie im Jahre 1929. Der in der Lederzeugung- und Industrie Ende 1927 begonnene Produktionsrückgang hat sich im Jahre 1929 fortgesetzt. Die Lederproduktion des Berichtsjahres betrug 117 Millionen Kilogramm gegen 129 Millionen Kilogramm im Jahre 1928. Die Abnahme ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sich die Aufnahmefähigkeit des Inlandes trotz sinkender Lederpreise verringerte. Die Lederzufuhr hat sich günstig entwickelt. Von dem direkten Abzug der Lederfabriken entfielen auf den ausländischen Abzug 28 Proz. gegen 24 Proz. im Jahre 1928 und 20 Proz. im Jahre 1927.

Der Gesamtwert der Lederproduktion für eigene Rechnung betrug im Berichtsjahr 796 Millionen Mt. gegenüber 936 Millionen Mt. im Jahre 1928. Der wertmäßige Rückgang um 15 Proz. ist außer auf die mengenmäßige Abnahme der Produktion vor allem auf den Preisrückgang einzelner Lederarten zurückzuführen. Der Durchschnittswert je Kilogramm berechnete sich für das Jahr 1929 bei Unterleder auf 3,95 Mt. (1928 — 4,26 Mt.), Oberleder, Fein-, Futter-, Sattlerleder 13,09 Mt. (1928 — 12,64 Mt.) und Ledleder 17,00 Mt. (1928 — 22,21 Mt.).

Die Erzeugung von Leder in Lohn für ausländische Auftraggeber oder für Rechnung inländischer Betriebe, die nicht Gerbereien sind, betrug 1,31 Millionen Kilogramm. Der hierfür gezahlte Lohn betrug sich auf 6,58 Millionen Mt. Mengemäßig hat die Lohngebung gegenüber dem Vorjahre um 28 Proz. zugenommen.

Insgesamt arbeiteten im Jahre 1929 1144 Lederfabriken, gegenüber 1215 im Jahre 1928. Die Zahl der Beschäftigten ist ständig zurückgegangen. Es waren beschäftigt: am 1. Oktober 1927 44 343 Personen, am 1. Oktober 1928 40 379 Personen, am 1. Oktober 1929 37 398 Personen. An Öfen und Gehältern wurden 88 Millionen Mt. gezahlt. Interessant ist die Größenklasse der Betriebe und ihr Anteil am Gesamtwert der Erzeugung. Am Ende des Jahres 1929 beschäftigten 1 bis 10 Personen 763 Betriebe, deren Anteil am Gesamtwert der Erzeugung 4,3 Proz. betrug. Ueber 100 bis 300 Personen beschäftigten 65 Betriebe und über 300 Personen 21 Betriebe. Der Anteil dieser 86 Betriebe am Gesamtwert der Erzeugung betrug 71,1 Proz. Bearbeitet wurden im Jahre 1929 an Häuten und Fellen 245 097 Tonnen. Davon entfielen auf Rindhäute 9453 Tonnen, Rindshäute einschließlich Büffelhäute 173 560 Tonnen, Kalbfelle 40 715 Tonnen, Ziegenfelle 4857 Tonnen, Zidelfelle 238 Tonnen, Schaffelle 11 158 Tonnen, Lammfelle 2997 Tonnen, Schmalzen 220 Tonnen, Gazellenfelle 63 Tonnen, Rennierfelle 86 Tonnen, Hirschfelle 84 Tonnen, Rehfelle 286 Tonnen, Gänsefelle 85 Tonnen, Fleischpalle 1578 Tonnen, Hundefelle 342 Tonnen, Schweinhäute 234 Tonnen, Kralodil, Gidechen, Schlangen und ähnliche Häute 134 Tonnen und sonstige Häute und Felle 57 Tonnen.

Im Verbrauch an Gerb- und Hilfsstoffen zeigt sich bei sämtlichen vegetabilischen Gerbmitteln ein Rückgang, bei den mineralischen und künstlichen Gerbmitteln dagegen eine Steigerung. Der Gesamtwert der im Berichtsjahr verbrauchten Gerbmittel und Hilfsstoffe betrug 69,1 Millionen Mt.

Der Wert der anfallenden Nebenzeugnisse (Reimleder, Haare, Wolle, Hörner und anderes) stellte sich auf circa 23,5 Millionen Mt. von denen 13,2 Millionen Mt. auf Haare und Wolle entfielen.

Die Herstellung von Unterleder, von Oberleder, Feinleder und ähnlichen, von Ledleder und auch von gererbten Spalten erfolgt zum größten Teil in Großbetrieben mit mehr als 100 Arbeitern. In der Produktion von Handschuhleder und technischem Leder spielen die Mittel- und Kleinbetriebe eine größere Rolle. In den einzelnen Produktionsgebiete-

ten ist die Verteilung der Lederproduktion auf die Lederarten sehr verschieden. Im Freistaat Hessen überwiegt, stark beeinflusst durch die Offenbacher Lederwarenindustrie, die Ober- und Feinlederzeugung. Auch die Ledlederproduktion ist hier bedeutungsvoll. In den übrigen Wirtschaftsgebieten steht die Produktion von Unterleder mengenmäßig an erster Stelle.

Der Anteil der einzelnen Gerboverfahren an der gesamten Ledererzeugung verteilt sich wie folgt: Es wurden erzeugt (in Tonnen) durch Kohlerbung 93 094, kombinierte und Chemierbung 22 369, Weichgerbung 934 und durch Sämlagerbung u. a. 908 Tonnen.

**Sanierung der Adler- (Auto) Werte.**

In einem Bericht geben die Adlerwerke, vormals Heinrich Kl. u. Co. in Frankfurt, Kenntnis vom Stand der Automobilindustrie und von den Wegen, die einzuschlagen sind zur Erhaltung der Absetzmöglichkeit. Im Geschäftsjahr 1928/29 wurde die in der Generalversammlung vom 1. Mai 1929 beschlossene Sanierung durchgeführt. Vermindert dazu wurden die durch Zusammenlegung des Aktienkapitals freigewordenen Beträge. Für Ausbau der Fabrikanlagen, des Maschinenparks und sonstiger Einrichtungen wurden in den letzten vier Jahren 18 Millionen Mark verausgabt, davon im Berichtsjahr 4 190 500 Mark. Durch die Senkung des Reichsbankdiskonts und verminderte Inanspruchnahme fremden Kapitals ist eine starke Ersparnis an Zinsen eingetreten. Das Fiktalhändler- und Vertreternetz wurde in Verbindung mit einem wohlorganisierten Kundendienst erweitert und ausgebaut. Infolge vorzüglicher Geschäftsführung gelang es, nennenswerte Verluste zu vermeiden. Das Fahrradgeschäft hat im Inland durch das Verdrängen des Motorrads und infolge erhöhter verkehrstechnischer Schwierigkeiten für die Radfahrer im Stadtverkehr an Bedeutung verloren.

Nach Abweisung für Abschreibungen usw. wäre es möglich gewesen eine Dividende auszuschütten, doch wurde aus Vorsichtsgründen auf die Dividende verzichtet. Die bessere Finanzlage ermöglichte einen preiswerteren Einkauf des benötigten Materials.

Die Lagerhaltung an Fertigfabrikaten im Werte von 5,396 Millionen Mark dürfte knapp einer Monatsproduktion entsprechen. Im ersten Halbjahr 1930 konnten die Adlerwerke Stückmäßig 25 Prozent mehr Automobile umsetzen als im Vorjahr. Zurzeit arbeitet die Gesellschaft verkürzt mit einer vierzigstündigen Arbeitszeit. Das Werk beschäftigt jetzt noch 2800 Arbeiter, doch hat es bei den zuständigen Stellen den Antrag zur Entlassung weiterer 500 Arbeiter gestellt. Die Produktion begründet diese Maßnahme damit, die Produktion den heutigen Absatzverhältnissen anzupassen und dadurch das Ansammeln eines großen Lagers zu vermeiden. Es ist kaum anzunehmen, daß vorläufig eine Besserung der Absatzverhältnisse am deutschen Automobilmarkt eintritt.

**Berichte aus den Verwaltungsstellen**

**Bielefeld.** Am Donnerstag, dem 24. Juli fand unsere fällige Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Bericht vom Jugendtag in Köln. 3. Verschiedenes. Der Kassierer Kollege Vogt gab in der Abrechnung unter anderem bekannt, daß die Hauptkasse bilanziert mit 6511,41 Mt. die Pokalfasse mit 18 544,75 Mt. Die Sparkassengelder belaufen sich auf 7188,06 Mt. und festangelegte Gelder 9815,94 Mt. Der Mitgliederbestand ist 375 männliche und 183 weibliche.

In der hierauf folgenden Diskussion wurde vom Kollegen Eikermann angeregt, in Zukunft mehr Geld aus der Pokalfasse für Agitation zu verwenden. In der weiteren regen Diskussion ist man allgemein der Auffassung, daß das Agitationsfeld bei den Tapezierern liegt; da dieselben vereinzelt in Beschäftigung stehen und schlechter zu erreichen sind als größere Betriebe. Hierauf wird dem Kassierer Entlastung erteilt.

Zum Punkt 2 gibt der Jugendleiter Kollege Schröder einen Bericht vom Jugendtag in Köln. Hervorzuheben ist, daß sich trotz aller guten Vorbereitungen dieses Mal wieder Mängel ergeben haben. Aber doch bleiben die Rheinfahrt und das Erlebte größer in Erinnerung als die Mängel. Auch weiß er den Kölner Kollegen für ihre Mühe noch vielen Dank.

Im Verschiedenen besprach man die sich ergebenden Fälle, in denen Entlassene laut Statut erst ihre Ferien durchmachen müssen und dann erst Unterstützung beziehen können. Der Hauptvorstand ist ersucht worden, dieses zu realisieren.

Zuletzt wurde beschlossen, daß der Vorstand sich mit der Frage: „Beschneidung der Invalidentenunterstützung“ befassen soll, wie vom erweiterten Vorstand leghin der § 32 Ziffer 3 Abzug 2 ausgelegt worden ist. Spörhja.

### Aus der Gewerkschaftsbewegung

**Lohnverhandlungen der Holzarbeiter ge scheitert.** Die am 16. und 17. Juli in Berlin stattgefundenen Lohnverhandlungen für das deutsche Holzgewerbe sind gescheitert. Die Arbeitgeber glauben die Gehaltsfrage zu einem Abbau der Tarifsköhe von 6 bis 23 % ausnützen zu können und haben durch all erhand Winkelzüge erreicht, daß ab 1. August für etwa 100 000 Holzarbeiter ein tarifloser Zustand eingetre ten ist. Eine Konferenz von Vertretern der be troffenen Lohngebiete wandte sich gegen etwaige Veruche des Lohnabbaues. Der Holzarbeiterverband wird Kampfhandlungen einzelner Unternehmer nicht stillschweigend hinnehmen und fordert die Mitglieder auf, von allen ersticklichen Differenzen sofort beim zuständigen Gewerkschafts- und beim Hauptvorstand Meldung zu erstatten.

Da in einer Anzahl kleinerer Orte die Tapezierer in Möbelgeschäften arbeiten, für die bisher das Lohnabkommen der Holzarbeiter maßgebend war, möchten wir unsere von diesem Tarifstreik betroffenen Verbandskollegen auffordern, bei Veruchen, die Löhne abzuhängen, dem zuständigen Gew- oder Bezirksleiter Mitteilung zu machen.

**Verbandsstag der Schornsteinfeger.** Ende Juni lagte im Gewerkschaftshaus zu München der Ver bandsstag der Schornsteinfegergehilfen Deutschlands. Dem Verband sind mehr als 3000 Mitglieder an geschlossen, die sich auf 66 Ortsgruppen verteilen. Das Ergebnis der Lohnbewegungen in der Ge schäftsperiode war zufriedenstellend. Gestiegen sind die Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung. Mit den eigenartigen Zuständen bei der Meisterwerbung, den Gesellenauschüssen und der Lehrlingsfrage be schäftigte sich die Tagung sehr eingehend. Noch immer kommt das Kost- und Logiswesen sehr oft vor und besteht teilweise auf dem Lande noch der Zwang, daß bei der Einstellung auch verzerzerte Schornsteinfeger einen doppelten Haushalt führen müssen. Die bisherige Verbandsleitung wurde wiedergewählt. Die nächste Generalversammlung findet 1932 in Berlin statt, verbunden mit der fünf- undzwanzigjährigen des Zentralverbandes.

**Das zweite Jahrbuch der Freien Gewerkschaften Österreichs.** Dem Beispiel des ersten Jahrbuchs folgen, gibt auch das soeben erschienene zweite Jahrbuch des Bundes der Freien Gewerkschaften Öster reichs auf 340 Seiten einen ausgezeichneten Ueber blick über alle Vorgänge, die das Gewerkschaftsleben 1929 berührten. Die Wirtschaft, die Sozialpolitik, die Entwicklung des Arbeitsmarktes werden ein gehend gewürdigt, die Lohnbewegungen, der Stand der Löhne, der Abschluß von Kartellverträgen wer den eingehend geschildert. Neu hinzugekommen ist gegenüber dem ersten Jahrbuch ein Abschnitt, der aus dem Leben der Verbände berichtet, was um so dankenswerter ist, als das Jahr 1929 mit seinen verdrämmerischen Heimwehimpulsen, die die österrei chische Wirtschaft in die schwerste Wirtschaftskrise brachten, an die Verbände die höchsten Anforderun gen stellte. Die Schwere dieser Wirtschaftskrise spiegelt sich in den industriellen Zusammenbrüchen, vor allem aber in den grauenvollen Zahlen der Massenarbeitslosigkeit. Es zeugt von einer erstaun lichen Festigkeit der österreichischen Gewerkschafts verbände, daß sie diesen Ansturm ohne nennenswer te Verluste überleben konnten. Die Zahl der Mitglieder ist zwar um 3,7 Proz. von 766 000 auf 737 000 zurückgegangen, aber dieser Verlust trifft vor allem bestimmte Sondergruppen und muß ins besondere mit dem Auscheiden der Organisation der Portiere und Hausbesorger aus dem Bund der Freien Gewerkschaften erklärt werden. Daneben bringt das Jahrbuch eine vor treffliche Darstellung der Verhältnisse in der Frauenarbeit, der Beziehun gen der Gewerkschaften zur Arbeiterbank und zu den Arbeiterkammern und der Fortschritte im Bildungs wesen. Für jeden Gewerkschaftler ist das Jahrbuch wiederum eine Fundquelle reichhaltigster Erkennt nisse.

### Ein Pavillon der Kriegsbeschädigten.

In der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegs teilnehmer und Kriegerverwundeten veranstaltet auf der Internationalen Hygieneausstellung eine kleine Sonderausstellung in einem Pavillon auf dem Turmpark.

Im Mittelpunkt dieser Ausstellung steht die erschütternde Tatsache, daß noch heute 47 Proz. aller Kriegsbeschädigten an Tuberkulose sterben. Daher versucht der Reichsbund auch von sich aus Hilfsmah ßnahmen zu treffen. Die kleine Ausstellung zeigt vor allem den Erwerbssbau des Bundes durch ein Modell der Schwerbeschädigtenfiedlung in Dresden.

Colchuk mit ihren besonderen Einrichtungen für Lungenkranke; diese Siedlung ist vom Reichsarbeits ministerium als Mutterfiedlung anerkannt worden. Die Siedlung, in der bisher 63 Heimstätten bezogen werden konnten, dient der Verwirklichung des Gedankens „Heimstätten sind Heilstätten“; wenn die Kriegsbeschädigten mit ihren Familien in ideale Heimstätten haben, so ist in vielen Fällen ein Heil stättenbesuch nicht notwendig.

Weiterhin zeigt die Ausstellung in geschicht aus geführten Statistiken die übrigen Leistungen des Reichsbundes. Bereits 1750 Wohnungen wurden aus Bundesmitteln mitfinanziert; an Zwischen treiben wurden über 2 Millionen Mark, an letzten Hypotheken über 600 000 Mk. ausgegeben. Die Sterbenderückgangsfähigkeit zahlte bisher in annähernd 20 000 Fällen über 1 1/2 Millionen Mark aus. Eine andere Tafel spricht eindringlich von den internati onalen Verbindungen des Reichsbundes und von seinem Kampfe für Völkerverständigung, Abrüstung und dauernden Frieden.

Wenn man bedenkt, daß noch heute, 12 Jahre nach Kriegsende, allein in Deutschland 2 1/2 Millionen Kriegsbeschädigt, Kriegerverwundeten, Kriegerverwun den und Kriegerehrenten verorgungsberechtigt sind, wäh rend weitere 800 000 20prozentige Rentenempfänger abgefunden wurden, so wird die große Bedeutung dieser Ausstellung ohne weiteres klar. Es ist sehr zu begrüßen, daß im Rahmen der Hygieneausstellung auch dieses Gebiet jetzt besondere Beachtung gefunden hat. Dadurch werden hoffentlich die Anstrengungen für eine bessere Verorgung der Kriegsbeschädigten ver stärkt werden. Darüber hinaus aber werden sich viele Ausstellungsbesucher ernste Gedanken über die furchtbaren Folgen eines Krieges machen.

### Die Volksfürsorge und das Neuroder Grubenunglück.

Die furchtbare Katastrophe in der Benzestaus-Grube zu Neurode, bei der mehr als 150 Berg arbeiter ums Leben kamen, ist ein erschütternder Beweis dafür, daß man im Interesse seiner Ange hörigen niemals genug Vorsorge treffen kann. Die Notwendigkeit eines guten Lebensversicherungs abschlusses wird bei einem solchen Massenunglück be sonders klar erkannt. Nach vorläufigen Feststellun gen gehörten von den Todesopfern der letzten Kata strophe in Neurode 81 der Volksfürsorge an. Es sind Versicherungssummen in einer Gesamthöhe von rund 55 000 Reichsmark fällig geworden. Inner halb 48 Stunden wurden bereits die ersten 28 000 Mark ausgezahlt.

Im Rechnungstellenbezirk Waldenburg der Volksfürsorge, zu dem auch das Neuroder Gebiet zählt, sind 17 Proz. der gesamten Bevölkerung bei der Volksfürsorge versichert. Der Prozentsatz steigt in einzelnen Orten bis zu 35 und mehr. Die Be wohner des schlesischen Bergbaureviere wissen den Wert einer Versicherung bei der Volksfürsorge wohl zu schätzen.

### Rundschau

Das amerikanische Automobilkapital dringt nach Italien ein. In Italien wurden die Zölle auf Auto mobile um das Drei- bis Vierfache erhöht, so daß eine Einfuhr in Zukunft kaum möglich sein wird. Gleichzeitig wurden auch die Zölle für die Bestand teile so gesteigert, daß auch deren Einfuhr und Zu sammenstellung in Italien verhindert wird. Italien war ein wichtiges Absatzgebiet für amerikanische Automobile, deren Einfuhr nach der Zollerrhöhung aufhören wird. Den Berichten zufolge beabsichtigen nunmehr die beiden größten Automobilfabrikanten der Vereinigten Staaten, Ford und General-Motor, in Italien selbst Produktionsbetriebe aufzulaufen oder sich an solchen zu beteiligen. General-Motor soll mit dem größten italienischen Automobilunter nehmen Fiat verhandeln. Die Steigerung der Al lienturke der Fiatwerte wird mit diesen Verhand lungen in Verbindung gebracht. Ford dürfte mit einer italienischen Automobilfabrik unter Beteili gung einer italienischen Großbank eine gemeinschaft liche Fabrik gründen, die ein Aktienkapital von 100 Millionen Lire haben soll.

Größere Sterblichkeit, geringere Geburtenziffern in Europa 1928. Die Betrachtung der Bevölkerungs bewegung der europäischen Länder ergibt für das Jahr 1928 ein wenig günstiges Bild. Hauptsächlich infolge der Grippeepidemien, von denen vor allem die westlichen und mittleren Teile des Kontinents sowie die baltischen Randstaaten erfasst waren, und infolge der strengen Kälte haben überall die Sterbeziffern eine Zunahme erfahren. Am stärksten wurde hieron betroffen Großbritannien (Zunahme um 1,8 auf 1000 Einwohner), Frankreich (1,5), Deutsch land (1,0) sowie Litauen (1,5) und Estland (2,2).

In der Entwicklung der Geburtenziffern brachte das vergangene Jahr besonders deutlich die inzwi schen sämtliche europäischen Länder charakterisierende Tendenz auf Geburtenbeschränkung zum Ausdruck. Auch die Länder mit bisher noch verhältnismäßig hohem Geburtenüberschuß, wie Polen, Italien, die Niederlande, Spanien, zeigen durchgängig recht erhebliche Rückgänge, wie überhaupt kein Land im vergangenen Jahr von dem Geburtenrückgang ver schont geblieben ist, so daß der Geburtenüberschuß in allen europäischen Ländern beträchtlich kleiner ist als im Vorjahr. Einen Ueber schuß der Sterbefälle über die Geburten hatten jedoch nur Frankreich mit 0,3 und Estland mit 0,9 auf 1000 Einwohner.

### Bücherschau

„Der Bücherkreis“ 1930, Heft 3: Liebe — Ehe — Pro kreation. Reich illustriert 80 C. Vierteljahreszeitschrift. Redigiert von Karl Schwarz. Verlag: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 0,90 Mk. (für Ab nehmer Sonderregelung).

Die Literatur über das Eheproblem ist in der Gegenwart ins Uferlose angewachsen. Kein Wunder, denn es ist eines der Grundprobleme unserer Zeit. Vielst wird es aber immer noch ganz isoliert betrachtet, während es doch nur im Zusammenhang mit anderer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gesamtlage erkannt werden kann.

Zus vorliegende Heft des Bücherkreises bietet in allen seinen Beiträgen auf dieser Erkenntnis auf und ergänzt in glücklichster Weise den für sich im gleichen Verlage erschienenen „Die Liebe und Ehe im Leben der Völker“ von Prof. Heinrich Cunow.

Es ist hier nicht möglich, auf den Inhalt des Heftes näher einzugehen. Wir müssen uns damit begnügen, einige Titel und Verfasser der Beiträge anzuführen:

H. Petzold: Sexualmoral und Bevölkerungsentwicklung. H. Wenzel: Antisemitischer Streifzug durch die Pro kreation. A. Goldstein: Antisemitisch über die Liebe. D. G. K. Kaban: Liebe — Ehe — Prokreation im Spiegel der Dichtung (mit interessanten Zitaten, u. a. aus einem Briefe Shakespeares an Sophie von Holst). — Dazu kommen belletristische Beiträge von Borchel, Wubinski, O. S. Wenzel, Max Wöhler usw., sowie zahlreiche Illustrationen.

Ferner enthält das Heft Mitteilungen über das Verlagsprogramm des Bücherkreises. Ausdrücklich sei hier erwähnt: A. Scherck: Das Buch vom Mann (Sexualmoral, sexuel lerziehung) und A. M. de Jong: Im Strahl (Schlußband des „Mercurius Venus sindet“). Daran folgen im Weiteren: quartal: Sibaco: Lebenserinnerungen (ein spanisches Buch), A. Scharrer: Aus der Art (geschlagen (autobiographisches Roman eines Proletariats) und A. Frank: Das Leben der Marie Sammet (ein Frauenroman).

Das neue Viertelheft und dieses Verlagsprogramm sollen recht viele veranlassen, die Arbeit des Bücherkreises durch ihren Beitritt (1 Mk. im Monat) zu unterstützen. — Abneh mernummer können das Heft für 0,90 Mk. beim Bücherkreis (Berlin SW 61) oder in unserer Buchhandlung beziehen.

### Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Dom 4. August bis 10. August ist der 32. Wochenbeitrag fällig. Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

### Verammlungskalender

Chemnitz. Am Sonntag, dem 17. August, Nachmittagsausflug durch den Stadtpark zurück nach dem Volkspark. Langzeitgelegenheit vorhanden. Treffpunkt 14 Uhr in Sachlens Ruhe, Biederstraße.

Am Sonnabend, dem 27. September, Herbstball im Volkspark. Anfang 7 Uhr. Zahlreiche Beteiligung der Kollegen mit ihren Angehörigen und Freunden erwartet die Festleitung.

Bietzen. Am 28. August findet hier eine dringende Versammlung statt mit dem Haupttagungssporstellung zum Lohnkampf. Referent Kollege Schäfer, Köln.

### Adressenänderungen

Duderstadt. Kass.: Karl Sebode, Marktstr. 15. Köslin i. Pom. Kass.: Bruno Voeppl, Carlen heim 33 I., Rundbau.

Kreuznach. Kass.: Jakob Ries, Mühltweg 30. Leinefelde. Vorl.: August Hillebricht, Dorfstr. 113. Kass.: Hermann Brüdner, Breitenbacher Straße.

Bietzen, Rheinland. Vorl.: Peter Krambröcker, Kanalstr. 10.

### Sterbetafel

Köln a. Rh. Im Alter von 60 Jahren nach unfer treuer Kollege Karl Schwarz, Tapezierer. Der Kollege Schwarz war 31 Jahre Verbandsmitglied. Ehe seinem Andenken!